# N i e d e r s c h r i f t
# HFA / 034 / 2013

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine am 11.06.2013**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:05 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

**Anwesend als**

**Vorsitzende:**

| | |
|---|---|
| Frau Dr. Angelika Kordfelder | Bürgermeisterin |

**Mitglieder:**

| | | |
|---|---|---|
| Herr Udo Bonk | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Karl-Heinz Brauer | SPD | Ratsmitglied |
| Frau Peggy Fehrmann | Fraktionslos | Ratsmitglied |
| Herr Jürgen Gude | CDU | Ratsmitglied |
| Frau Marianne Helmes | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Alfred Holtel | FDP | Ratsmitglied |
| Herr Günter Löcken | SPD | Ratsmitglied |
| Frau Theresia Nagelschmidt | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Josef Niehues | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Rainer Ortel | Alternative für Rheine | Ratsmitglied |
| Herr Michael Reiske | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Ratsmitglied |
| Herr Jürgen Roscher | SPD | Ratsmitglied |
| Herr Falk Toczkowski | SPD | Ratsmitglied |

**Vertreter:**

| | | |
|---|---|---|
| Herr Manfred Brinkmann | CDU | Vertretung für Herrn Paul Jansen |
| Herr Christian Kaisel | CDU | Vertretung für Herrn Stefan Gude |
| Herr Bernd Lunkwitz | FDP | Vertretung für Herrn Detlef Brunsch |

| | | |
|---|---|---|
| Frau Ulrike Stockel | SPD | Vertretung für Herrn Udo Mollen |
| Herr Josef Wilp | CDU | Vertretung für Herrn Dieter Fühner |

**Verwaltung:**

| | |
|---|---|
| Herr Axel Linke | Beigeordneter |
| Herr Mathias Krümpel | Stadtkämmerer |
| Herr Heinz Hermeling | Fachbereichsleiter FB 7 |
| Frau Wiebke Gehrke | Pressesprecherin |
| Herr Michael Kramer | Fachbereichsleiter FB 3 |
| Herr Jürgen Wullkotte | Fachbereichsleiter FB 4 |
| Herr Werner Schröer | Fachbereichsleiter FB 5 |
| Frau Julia Seebeck | Schriftführerin |

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

| | | |
|---|---|---|
| Herr Detlef Brunsch | FDP | Ratsmitglied |
| Herr Dieter Fühner | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Stefan Gude | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Paul Jansen | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Udo Mollen | SPD | Ratsmitglied |

**Verwaltung:**

| | |
|---|---|
| Herr Jan Kuhlmann | Erster Beigeordneter |

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

## ***Öffentlicher Teil:***

### 1. Niederschrift Nr. 33 über die öffentliche Sitzung am 23. April 2013

0:00:55

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

### 2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 23. April 2013 gefassten Beschlüsse

0:01:07

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu den Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung hierzu bereits in der Sitzung ausführlich Stellung genommen bzw. die Stellungnahme auf dem der Einladung beigefügten Hinweiszettel abgegeben habe.

### 3. Informationen

### 3.1. Ems-Galerie

0:01:41

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass es gestern Abend in Emsdetten eine politische Abstimmung zum Thema Ems-Galerie gegeben habe. Frau Dr. Kordfelder verliest ein Schreiben, welches Sie von Herrn Moenikes bekommen habe:

> *Sehr geehrte Frau Dr. Kordfelder,*
> *sehr geehrter Herr Kuhlmann,*
>
> *nach der Beratung des Ausschusses freue ich mich, Ihnen mitteilen zu dürfen, dass der Ausschuss dem von mir, mit Drucksache 107/13 unterbreiteten Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt hat. Die geplanten maximalen Verkaufsflächen der Ems-Galerie nach dem Kompromissvorschlag der Bezirksregierung und der IHK, stand 28.05.2013 sowie die damit verbundenen Umsatzumverteilungen auf das Hauptgeschäftszentrum Innenstadt Stadt Emsdetten werden zur Kenntnis genommen. Sie werden aufgefordert, diesen Kompromissvorschlag schriftlich zu bestätigen und gleichzeitig geeignete Maßnahmen zur Sicherung und Durchsetzung dieses Kompromisses einzuleiten. Vor diesem Hintergrund wird von der Einleitung rechtlicher Schritte gegen den B-Plan Nr. 10 h, Westliche Innenstadt, 13. Änderung in Rheine und darauf basierender Baugenehmigungen abgesehen.*
> *Der nunmehr gefundene und politisch abgesegnete Kompromiss wird hoffentlich dazu beitragen, die medial erzeugten Wogen der Empörung zu glätten und die Fortsetzung der guten nachbarschaftlichen Zusammenarbeit zu gewährleisten.*

Herr Wilp macht deutlich, dass auch die Vertreter der parlamentarischen Seite ihren Dank dafür aussprechen sollten, dass eine gemeinsame Lösung gefunden worden sei.

## 3.2. Umfang des Fragerechts in der Einwohnerfragestunde

0:03:44

Frau Dr. Kordfelder verliest folgenden Vermerk:

> *In der Sitzung des Rates der Stadt Rheine am 14. Mai 2013 wurden unter dem Tagesordnungspunkt 20 „Einwohnerfragestunde“ von Herrn Frank Hemelt 2 Fragen gestellt, die sich auf persönliche Handlungen der Bürgermeisterin bzw. eines Ratsmitgliedes (Herrn Roscher) bezogen, und zwar auf die von Herrn Hemelt vermutete Weiterleitung nichtöffentlicher Unterlagen an den SPD-Ortsvereinsvorsitzenden bzw. auf die Erledigung einer aus Sicht von Herrn Hemelt privaten Angelegenheit der Bürgermeisterin unter Inanspruchnahme der Vorzimmerdame im Amtszimmer.*
> *Ferner wurden von Herrn Rolf Starck und Herrn Hemelt je eine Frage zur Befähigung eines Bewerbers für das Schöffenamt, der in der vom Rat zuvor beschlossenen Schöffenvorschlagsliste stand, gestellt, wobei Herr Starck im Rahmen einer Zusatzfrage die Bürgermeisterin um Auskunft bat, ob sie persönlich die betroffene Person für das Schöffenamt als geeignet halte.*
> *Gem. § 48 Abs. 1 Satz 3 GO können Fragestunden für Einwohner in die Tagesordnung aufgenommen werden, wenn Einzelheiten hierüber in der Geschäftsordnung geregelt sind.*
> *Nach der Kommentierung Rehn/Cronauge soll ein solches Fragerecht der Einwohner „das Interesse der Öffentlichkeit an der Tätigkeit des Rates“ beleben. Der Rat ist in der Gestaltung der Einwohnerfragestunde nahezu völlig frei. Er kann inhaltlich, verfahrensmäßig und zeitlich beliebige Grenzen setzen.*
> *Aufgrund des § 48 Abs. 1 Satz 3 GO hat der Rat der Stadt Rheine das Fragerecht der Einwohner in Rats- und Ausschusssitzungen im § 18 bzw. § 27 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheine geregelt.*
> *Im § 18 der GeschO ist das Fragerecht von Einwohnern in Ratssitzungen beschrieben. Im Abs. 1 Satz 3 heißt es:*
>
> > *„Die Anfragen müssen sich auf Angelegenheiten der Stadt beziehen.“*
>
> *Zu dem Einwohnerfragerecht in Ausschüssen heißt es im § 27 Abs. 6 GeschO:*
>
> > *„Das Fragerecht der Einwohner(innen) (Einwohnerfragestunde) in Ausschüssen ist auf die Zuständigkeit des jeweiligen Ausschusses beschränkt“.*

*§ 18 Abs. 1 Satz 3 der GeschO legt somit fest, dass sich die Fragen auf Angelegenheiten der Stadt beziehen müssen. Da diese Regelung aus der Mustergeschäftsordnung des Städte- und Gemeindebundes NRW übernommen wurde, hat die Verwaltung sich dort erkundigt, was unter derartigen „Angelegenheiten" zu verstehen ist. Nach Aussage des Städte- und Gemeindebundes NRW handelt es sich hierbei um Projekte, Planungen, Maßnahmen, Aufgaben etc. der Stadt und nicht um persönliche Dinge oder Einschätzungen von (anwesenden) Personen (Bürgermeisterin, Ratsmitglieder, Verwaltungsbedienstete etc.).*
*Diese Auslegung wird auch durch § 27 Abs. 6 der Geschäftsordnung unterstützt, wonach die Einwohnerfragestunde in Ausschusssitzungen auf die Zuständigkeit des jeweiligen Ausschusses beschränkt ist; also auf Sachthemen des Ausschusses und nicht auf persönliche Dinge oder Positionen von Ausschussmitgliedern oder Verwaltungsbediensteten, da diese nicht zum sog. „Zuständigkeitsbereich des Ausschusses" gehören.*
*Sollten also künftig in Rats- und Ausschusssitzungen Fragen von Einwohnern gestellt werden, die nicht den Bestimmungen der Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse entsprechen, werde ich von meiner Ordnungsgewalt bzw. von meinem Hausrecht als Bürgermeisterin gem. § 51 Abs. 1 GO i. V. m. § 20 bzw. 21 Geschäftsordnung Gebrauch machen.*

### 3.3. Stadt- und Kirchenjubiläum

0:07:33

Frau Dr. Kordfelder bezieht sich auf das Stadt- und Kirchenjubiläum und hält fest, dass die Veranstaltungen in der Jubiläumswoche sehr gut gelaufen seien. Frau Dr. Kordfelder bedankt sich bei allen Beteiligten, die dafür gesorgt haben, dass die Veranstaltungen in der Quantität und Qualität durchgeführt wurden.

### 3.4. Sekundarschulen

0:08:30

Herr Linke informiert, dass heute Mittag ein Pressegespräch zum Thema „Neue Sekundarschulbeauftragte" stattgefunden habe. Herr Linke macht deutlich, dass die Bezirksregierung Münster sehr früh festlege, wer Beauftragter für die Sekundarschulen werde. Dies sei ein nicht übliches Verfahren. In anderen Bezirksregierungen verfolge man durchaus eine andere Linie. Das Verfahren habe sich aber in diesem Fall bewährt. Die Bezirksregierung lege aber Wert darauf, dass es keine Festlegung auf die endgültige Besetzung sei und auch nicht als solche gewertet werden dürfe. Stellen können erst nach einem erfolgreichen Anmeldeverfahren ausgeschrieben werden. Es sei kein Vorgriff zulässig. Die Stellen seien jetzt ausgeschrieben worden, da die Anmeldezahlen erreicht worden seien. Insofern werde das Ergebnis dieser Beauftragung auch zu einer Besetzung ab dem 1. August führen, wenn das Schuljahr beginne. Die formellen Erfordernisse, Zustimmung der Personalvertretung und die Beteiligung des Schulträgers bzw. der Schulkonferenz müssen aber erfüllt sein.

Herr Linke informiert, dass als neue Beauftragte für die Schule am Hassenbrockweg Herr Stefan Klümper und Herr Thomas Eßlage benannt worden seien und als neue Beauftragte für die Sekundarschule Rheine-Stadt seien Frau Mechthild Vermillion und Herr Guido Volk benannt worden. Vonseiten der Bezirksregierung werde angestrebt, die Besetzung durchzuführen.

## 4. Jahresbericht 2012 der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen - Beratungsstelle Rheine - Vorlage: 259/13

0:12:02

Frau Esters-Gardeweg informiert anhand der als Anlage der Vorlage beigefügten PowerPoint-Präsentation ausführlich über den Jahresbericht 2012 der Verbraucherberatungsstelle Rheine.

Frau Dr. Kordfelder sowie die Fraktionen bedanken sich für die Präsentation. Es sei deutlich, dass eine gute Beratung sinnvoll und notwendig sei.

Herr Toczkowski weist auf den Newsletter hin, der alle 2 Wochen von der Verbraucherzentrale verschickt werde. Er sei lesenswert.

Frau Esters-Gardeweg informiert, dass man sich, um den Newsletter zu erhalten, auf der Homepage der Verbraucherzentrale anmelden müsse.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Jahresbericht 2012 der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen – Beratungsstelle Rheine – zur Kenntnis.

## 5. 13. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Rheine - Aufwandsentschädigung, Verdienstausfallersatz Vorlage: 115/13

0:36:39

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die folgende 13. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Rheine:

**13. Änderungssatzung**
**zur Hauptsatzung der Stadt Rheine**
**vom _____**

Aufgrund von § 7 Abs. 3 Satz 1 i. V. m. § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchst. f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. April 2013 (GV. NRW. S. 194), hat der Rat der Stadt Rheine mit Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder in seiner Sitzung am 16. Juli 2013 die folgende 13. Änderung zur Hauptsatzung der Stadt Rheine beschlossen:

**§ 11**

**Aufwandsentschädigung, Verdienstausfallersatz**

Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Sachkundige Bürger(innen) sowie sachkundige Einwohner(innen), die nach § 58 Abs. 3 bzw. Abs. 4 GO zu Mitgliedern von Ausschüssen bestellt worden sind, und sonstige beratende Mitglieder von Ausschüssen, die aufgrund sondergesetzlicher Bestimmungen berufen worden sind, erhalten für die im Rahmen der Mandatsausübung erforderlichen Teilnahme an Ausschuss-, Unterausschuss- und (Teil-)Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung."

Im Abs. 3 Sätze 1 und 2 wird das Wort „regelmäßigen" gestrichen.

Im Abs. 3 wird folgender Satz 2 neu eingefügt:

„Der Anspruch besteht auch für maximal 8 Arbeitstage je Wahlperiode im Falle der Teilnahme an kommunalpolitischen Bildungsveranstaltungen, die der Mandatsausübung förderlich sind."

Satz 1 des Buchstaben d im Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„Personen, die einen Haushalt mit mindestens 2 Personen, von denen mindestens eine ein Kind unter 14 Jahren oder eine anerkannt pflegebedürftige Person nach SGB XI ist, oder einen Haushalt mit mindestens 3 Personen führen und nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten für die Zeit der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt mindestens den Regelstundensatz."

Im Abs. 3 Buchstabe e sind sowohl der Satz 1 gänzlich als auch im Satz 2 das Wort „regelmäßigen" zu streichen.

**§ 19**

**Inkrafttreten**

Diese 13. Änderungssatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig

## 6. 2. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheine Vorlage: 166/13

0:37:12

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder die folgende 2. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheine:

### 2. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheine

### § 10
### Teilnahme an Sitzungen

Die/Der Bürgermeister(in) und die Beigeordneten nehmen an den Sitzungen des Rates teil. Die/Der Bürgermeister(in) ist berechtigt und auf Verlangen mindestens eines **Ratsmitgliedes** verpflichtet, zu einem Punkt der Tagesordnung vor dem Rat Stellung zu nehmen. Auch die Beigeordneten sind hierzu verpflichtet, falls es der Rat oder die/der Bürgermeister(in) verlangt (§ 69 Abs. 1 GO).

### § 13
### Anträge zur Geschäftsordnung – Abgabe von Erklärungen

2. Wird ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt, so darf noch je ein **Mitglied des Rates** für und gegen diesen Antrag sprechen. Alsdann ist über den Antrag abzustimmen. In den Fällen des § 16 Abs. 3 und Abs. 4 bedarf es keiner Abstimmung.

### § 14
### Schluss der Aussprache, Schluss der Rednerliste

Jedes **Mitglied des Rates**, das sich nicht an der Beratung beteiligt hat, kann beantragen, dass die Beratung des Tagesordnungspunktes beendet oder die Rednerliste geschlossen wird. Wird ein solcher Antrag gestellt, so gibt die/der Vorsitzende die bereits vorliegenden Wortmeldungen bekannt.

**§ 15**
**Anträge zur Sache**

1. Jedes **Mitglied des Rates** und jede Fraktion sind berechtigt, zu jedem Punkt der Tagesordnung Anträge zu stellen, um eine Entscheidung des Rates in der Sache herbeizuführen (Anträge zur Sache). Hat eine Vorberatung in den Ausschüssen des Rates stattgefunden, so steht ein gleiches Recht auch den beteiligten Ausschüssen zu. Die Anträge müssen einen abstimmungsfähigen Beschlussentwurf enthalten.

**§ 16**
**Abstimmung**

4. Auf Antrag von mindestens einem Fünftel der **Mitglieder des Rates** wird geheim abgestimmt. Die geheime Abstimmung erfolgt durch Abgabe von Stimmzetteln.

**§ 17**
**Fragerecht der Ratsmitglieder**

3. Anfragen dürfen zurückgewiesen werden, wenn

   b) die begehrte Auskunft demselben oder einem anderen **Ratsmitglied** innerhalb der letzten 6 Monate bereits erteilt wurde,

**§ 27**
**Abweichungen für das Verfahren der Ausschüsse**

4. Die/Der Bürgermeister(in) und die Beigeordneten sind berechtigt und auf Verlangen eines Ausschusses in Angelegenheiten ihres Geschäftsbereichs verpflichtet, an dessen Sitzungen teilzunehmen. Sie sind berechtigt und auf Verlangen mindestens eines **Ausschussmitgliedes** verpflichtet, zu einem Punkt der Tagesordnung vor dem Ausschuss Stellung zu nehmen.

**§ 33**
**Inkrafttreten**

Die 2. Änderung tritt am Tage nach der Beschlussfassung durch den Rat in Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## 7. Aufhebung des kw-Vermerkes für die Stelle 3207 "Sachbearbeiter/in Ordnungsangelegenheiten, Gewerbeordnung" im Fachbereich 3
**Vorlage: 260/13**

0:37:44

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den Kw-Vermerk für die Stelle 3207 „Sachbearbeiter(in) Ordnungsangelegenheiten, Gewerberodnung“ zum 01.01.2014 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## 8. Aufhebung des Kw-Vermerkes für die Stelle 3724 "Feuerwehrmann/-frau, Rettungsassistent(in)" im Fachbereich 3 - Feuerwehr -
**Vorlage: 261/13**

0:38:18

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den Kw-Vermerk für die Stelle 3724 „Feuerwehrmann/-frau, Rettungsassistent(in)“ zum 01.01.2014 aufzuheben und den Stellenplan entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## 9. Berichtswesen 2013, Stichtag 31.05.2013, Fachbereich 3 - Recht und Ordnung
**Vorlage: 276/13**

0:38:55

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 3 – Recht und Ordnung mit dem Stand der Daten vom 28.05.2013 zur Kenntnis.

## 10. Berichtswesen 2013, Stichtag 31.05.2013, Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement Vorlage: 243/13

0:39:19

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement mit dem Stand der Daten vom 31.05.2013 zur Kenntnis.

## 11. Berichtswesen 2013, Stichtag 31.05.2013, Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung Vorlage: 277/13

0:39:45

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung mit dem Stand der Daten vom 31.05.2013 zur Kenntnis.

## 12. Berichtswesen 2013 Stichtag 31.05.2013, Fachbereich 7 - Interner Service Vorlage: 278/13

0:40:05

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 7 - Interner Service mit dem Stand der Daten vom 31.05.2013 zur Kenntnis.

## 13. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

### 13.1. Ampelschaltung, Antrag des Stadtteilbeirates Hauenhorst/Catenhorn

Frau Dr. Kordfelder trägt den Inhalt des Antrages vom 14.05.2013 zur Ampelschaltung in Hauenhorst vor:

Stadtteilbeirat Rheine
Leben an der Ems
Hauenhorst • Catenhorn

Stadt Rheine, 48427 Rheine

Stadt Rheine
Frau Bürgermeisterin
Dr. Angelika Kordfelder

VV | BM | I | II | K
Stadt Rheine
15. MAI 2013
BM
7/10

**Stadtteilbeirat**
**Hauenhorst/Catenhorn**
Heike Barnes

Vorsitzende
Breite Straße 74
48431 Rheine
☎ (05971) 13044
☎ Mobil: 0172 5172604
E-Mail: heike-barnes@web.de

14. Mai 2013

**Antrag an den Rat der Stadt gemäß Nr. 7 der Verfahrensregeln**

Sehr geehrte Frau Dr. Kordfelder,

in seiner Sitzung am 6. Februar hat der Stadtteilbeirat die Verkehrssituation an der Hauptkreuzung in Hauenhorst diskutiert und um einen Ortstermin gebeten.

Der Ortstermin mit dem Arbeitskreis Verkehr fand dann am 26. Februar 2013 statt. Ein für uns befriedigendes Ergebnis konnte leider nicht erzielt werden.

In der Sitzung des Stadtteilbeirates am 8. Mai wurde daher beschlossen einen Antrag an den Rat der Stadt zu stellen.

Wir bitten um Weiterleitung des folgenden Antrages an den Rat:

> *Der Stadtteilbeirat Hauenhorst/Catenhorn beantragt eine Änderung der Ampelschaltung für die Hauptkreuzung in Hauenhorst (Hauptstraße/Mesumer Straße/ ...). Die Grünphase für die querenden Fußgänger und Radfahrer sollen automatisch geschaltet sein mit dem querenden/abbiegenden Kraftfahrzeugverkehr; und zwar mit wenigen Sekunden Vorlauf.*

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Heike Barnes
Vorsitzende

Frau Dr. Kordfelder verliest zum Antrag eine Stellungnahme der Technischen Betriebe Rheine:

> *Auf Anfrage des Stadtteilbeirates Hauenhorst/Catenhorn fand am 26.02.2013 ein gemeinsamer Ortstermin mit Vertretern des Stadtteilbeirates und dem Arbeitskreises Verkehr in Hauenhorst statt.*
> *Den Anwesenden sind die möglichen Auswirkungen einer Änderung des Signalprogramms vor Ort erläutert worden, damit sie die Möglichkeit hatten, über einen zielgerichteten Antrag in einer ihrer Sitzungen zu entscheiden.*

Die Ausschussmitglieder sind mit der Empfehlung der Bürgermeisterin, den Antrag an den Bauausschuss zu verweisen, um über eine mögliche Umstellung des Signalprogramms an der Lichtsignalanlage Hauptstraße/Bauerschaftsstraße zu beraten, einverstanden.

## 13.2. Durchfahrverbot für LKW, Eingabe eines Anliegers des Konrad-Adenauer-Rings

0:41:39

Frau Dr. Kordfelder trägt den Inhalt der Eingabe eines Anliegers des Konrad-Adenauer-Rings vom 31.05.2013 zum Durchfahrverbot für LKW vor:

Betr.: Anlieger des Konrad Adenauer Ring

Sehr geehrte Frau Dr. Kordfelder
In der letzten Stadtteilsitzung des Schotthocks wurden von mehrere Anliegen der Anwohner des Konrad Adenauer Rings vorgetragen das, trotz mehrerer Anrufe bei der Polizei und dem Ordnungsamt, das auf dass Durchfahrtsverbot für LKW und auf die Einhaltung der festgesetzten Geschwindigkeitsbegrenzung nicht geachtet noch reagiert wurde.
Als Vorschlag und Diskussionspunkt für den Rat der Stadt Rheine wäre es zum jetzigen Zeitpunkt zu überlegen ob es nicht sinnvoll wäre für das Stadtgebiet der Stadt Rheine ein generelles ein.- und Durchfahr- Verbot für LKW zu erwirken, Anlieger frei. Viele Städte haben große Probleme mit dem Verkehrsfluss und den daraus resultierenden Abgas und Feinstäuben.
Ein Durchfahrtsverbot für LKW würde hier einiges verbessern Hierbei wäre es auch sinnvoll folgende Straßen mit in der Planung berücksichtigt werden:
Osnabrückerstraße. , Konrad Adenauer Ring, Salzbergenerstraße, Neuenkirchenerstraße . alles Straßen die die nur zur Querung der Stadt Rheine genutzt werden können. Für LKW besteht die problemlose Möglichkeit durch die Autobahn A30 und die Umgehung B70n den Innenstadtbereich zu vermeiden. Viele LKW nutzen die Durchfahrt über die oben genannten Straßen um nach Neuenkirchen, Wettringen, Steinfurt zu gelangen, bzw. als Mautflüchtlinge A30 A31 ( Rheine / Schüttorf ), durch die Umgehungsstraße und die Autobahn ist eine Querung der Stadt aber gar nicht erforderlich.
Durch eine Sperrung der Straßen käme es zu einer wesentlichen Entlastung der Innenstadt und der genannten Straßen.
-weniger Lärm
-weniger Abgase und damit Feinstäube
-weniger Abnutzung der Straßen
-weniger Staus an den Ampeln und damit zügiger Verkehrsfluss.
Warum also nicht eine Sperrung der Straßen wie oben angeführt
insgesamt also eine erhebliche Kosten und Umweltverbesserung für die Stadt Rheine.
Vielleicht sollte der Rat der Stadt Rheine einmal überlegen und beraten ob eine solche Maßnahme nicht sinnvoll und durchführbar wäre.
Mfg :

Frau Dr. Kordfelder verliest zum Antrag eine Stellungnahme des AK Verkehr:

> *Die Anregung wurde bereits vorab im AK Verkehr angesprochen. Bei dem Arbeitskreis Verkehr handelt es sich um ein Fachgremium, das sich mit sämtlichen Aufgaben beschäftigt, die die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs im Gebiet der Stadt Rheine betreffen. Der Arbeitskreis besteht aus Vertretern der Polizei, der Straßenverkehrsbehörde, der Straßenplanung und der Technischen Betriebe Rheine.*
>
> *Sämtliche in der Anregung genannten Straßen sind klassifiziert als Bundes- bzw. Landesstraße. Zudem sind sie in dem LKW-Vorzugsnetz der Stadt Rheine enthalten.*
> *Diese Hauptverkehrsstraßen dienen im Allgemeinen und auch im Speziellen dem LKW-Verkehr.*

Die Ausschussmitglieder sind mit der Empfehlung der Bürgermeisterin, den Antrag an den AK Verkehr zu verweisen, einverstanden.

### 13.3. Schnelles Internet, Antrag des Stadtteilbeirates Altenrheine

0:43:25

Frau Dr. Kordfelder trägt den Inhalt des Antrages des Stadtteilbeirates Altenrheine vom 27. Mai 2013 zum Thema „Schnelles Internet“ vor:

Stadtteilbeirat Altenrheine

Vorsitzender

48429 Rheine, 27. Mai 2013

Schnepfenweg 46

Stadt Rheine

Frau Julia Kersting

48427 Rheine

VV | BM | I | II | K
Stadt Rheine
05. JUNI 2013
FB 7
7

Antrag des Stadtteilbeirat Altenrheine auf Prüfung Schnelles Internet

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Stadtteilbeirat Altenrheine stellt hiermit den Antrag auf Prüfung Schnelles Internet für den Stadtteil Altenrheine. Bei der letzten Überprüfung der Stadt Rheine wurde unser Stadtteil nicht berücksichtigt. Die Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils fühlen sich außen vor gelassen, da andere Stadtteile mittlerweile Schnelles Internet bekommen haben bzw. bekommen.

Da in Altenrheine auch viele Firmen ansässig sind ist es, aus unserer Sicht, schon zwingend erforderlich den Stadtteil dementsprechend auszurüsten.

Da Altenrheine ein förderungswürdiger Stadtteil ist, werden m.W. die Kosten mit 75 % vom Land NRW gefördert. Maximal mit ca. 180000,- €.

Da an vielen Verteilerkästen schon Glasfaserkabel liegen, könnten die Kosten evtl. bei 200000,-€ liegen.

Der Stadtteilbeirat Altenrheine bittet um ein positive Prüfung/Entscheidung, damit die Firmen und Bürgerinnen und Bürger nicht weiterhin in einem Randgebiet sind.

Meinen Dank für ihre Bemühungen im Voraus.

Freundliche Grüße

Frank Reers

Vorsitzender

Die Ausschussmitglieder sind mit der Empfehlung der Bürgermeisterin, den Antrag an die Verwaltung zwecks Prüfung zu verweisen, einverstanden.

## 13.4. Verkehrliche Überprüfung des Staelskottenweg, Antrag des Stadtteilbeirates Dutum / Dorenkamp

0:43:50

Frau Dr. Kordfelder trägt den Inhalt des Antrages des Stadtteilbeirates Dutum/Dorenkamp vom 4. Juni 2013 zur verkehrlichen Überprüfung des Staelskottenweges vor:

Stadtteilbeirat Rheine
Leben an der Ems
Dutum • Dorenkamp

Stadt Rheine, 48427 Rheine

Bürgermeisterin
der Stadt Rheine

48427 Rheine

VV | BM | I | II | K
Stadt R
06. JUNI 2013
FB 7

**Stadtteilbeirat Dutum/Dorenkamp**
Burkhard Hankel

Vorsitzender
Mittelstraße 77
48431 Rheine
☎ (05971) 15664
E-Mail: d-b.hankel@t-online.de

4. Juni 2013

**Antrag des Stadtteilbeirates Dutum / Dorenkamp bzgl. verkehrliche Überprüfung des Staelskottenweges**

Sehr geehrte Frau Dr. Kordfelder,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Stadtteilbeirat Dutum/Dorenkamp hat in seiner Sitzung am 04.06.2013 die verkehrliche Situation auf dem Staelskottenweg. Insbesondere durch die neue Einmündung der Radbahn Münsterland aber auch im Einmündungsbereich der Nikolaus-Groß-Straße und im Begegnungsverkehr in der Unterführung kommt es immer wieder zu gefährlichen Verkehrssituationen.

Auf einstimmigen Beschluss beantragt der Stadtteilbeirat, die verkehrliche Situation des Staelskottenweges zu überprüfen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Burkhard Hankel
Vorsitzender

Die Ausschussmitglieder sind mit der Empfehlung der Bürgermeisterin, den Antrag an den AK Verkehr zu verweisen, einverstanden.

## 14. Einwohnerfragestunde

### 14.1. Babywickelraum

0:49:00

Herr Frank Hemelt, Sacharowstr. 3, 48432 Rheine, weist darauf hin, dass sich die Gesellschaft hinsichtlich des Familienlebens wandle. Ihm sei aufgefallen, dass es in der Stadt Rheine durchaus adäquate öffentliche Babywickelräume gebe, die aber nicht für Männer zugänglich seien. Herr Hemelt fragt an, ob es in Rheine ein Projekt gebe, wonach irgendwo ein Babywickelraum eingerichtet werde, der auch für Männer zugänglich sei.

Frau Dr. Kordfelder merkt an, dass die Frage zur Beantwortung mitgenommen werde.

## 15. Anfragen und Anregungen

### 15.1. Textilsammelcontainer, Anfrage von Herrn Bonk

0:46:02

Herr Bonk bezieht sich auf den Zeitungsbericht aus dem Rheiner Report, in dem es um das lukrative Geschäft mit den Textilsammelcontainern gehe. Herr Bonk fragt an, ob sich auf städtischem Grund illegale Container befinden, wie ggf. damit umgegangen werde und ob diese Container auf städtischem Grund genehmigt worden seien.

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass es keine Container auf städtischen Grundstücken geben. Die Container befinden sich alle auf privaten Grundstücken, und die Stadt Rheine habe daher keinerlei Interventionsmöglichkeiten.

### 15.2. Hochwasserschutzmauer, Anfrage von Herrn Niehues

0:46:30

Herr Niehues bitte um einen Sachstand zur geplanten Hochwasserschutzmauer in Rheine.

### 15.3. Hofstelle Sandmann, Anfrage von Herrn Reiske

0:47:08

Herr Reiske erinnert, dass die Hofstelle Sandmann in Gellendorf in der Vergangenheit Gegenstand politischer Diskussion gewesen sei.
Er weist darauf hin, dass es, nach letzten Informationen, sehr aufwendig sei, dort eine Bebauung zuzulassen, da das Gelände dort teilweise aufgefüllt werden müsse, weil es sehr tief liege. Die Auffüllung würde dazu führen, dass die Preise für die Grundstücke hoch werden.

Herr Reiske informiert, dass das Gelände seit einigen Tagen in großer Menge aufgefüllt werde. Er fragt an, wer das Gelände auffülle.

***Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 17:58 Uhr***

| | |
|---|---|
| Dr. Angelika Kordfelder<br>Bürgermeisterin | Julia Seebeck<br>Schriftführerin |